



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

IM GESPRÄCH: FPÖ-AGRARSPRECHER

PETER SCHMIEDLECHNER

Kritik an Köstingers Plänen

Im Gespräch mit dem „Freien Bauern“ übt Peter Schmiedlechner harte Kritik am Kurs von Landwirtschaftsministerin Köstinger, der ÖVP im Allgemeinen und dem Bauernbund im Speziellen. Mehr als heiße, türkise Luft käme beim Bauern nicht an. **Seiten 10-11**



Verbraucherpreise steigen von Jahr zu Jahr:

Den Bauern bleibt kaum mehr die Butter am Brot!

Seiten 4 5

ÖVP-UMFALLER BEI MERCOSUR-ABKOMMEN:

Im EU-Parlament haben einige ÖVP-Abgeordnete für das Mercosur-Abkommen gestimmt. Bisher war die ÖVP gegen das Abkommen.

Seite 6 7

USA UND CHINA KAUFEN EIN: HOLZPREISWAHNSINN

Der Schnittholzpreis explodiert, die Waldbauern sehen vom Geld aber fast nichts. Die Rundholzpreise steigen nur sehr langsam.

Seite 12-13

INNVIERTEL: STREIT UM KUHGLÖCKEN

Das Bezirksgericht Braunau mußte einen ungewöhnlichen Streit schlichten. Eine Bäuerin hatte ihren Kühen Glocken umgehängt.

Seite 15

NEUES WOHNBAUFÖRDERGESETZ

Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner entlastet finanziell Schwächere gezielt - damit sollen die Wohnkosten leistbarer werden.

Seite 18

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 02/21 (19.06.2021)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info



BEI DER DURCHGEHE

Herkunft v Konsumen

Die Herkunft von Lebensmitteln ist für viele Konsumenten ein wichtiges Kriterium für eine Kaufentscheidung. Laut einer von der AMA in Auftrag gegebenen repräsentativen Befragung ist den Verbrauchern die Herkunft bei Milch, Brot, Fleisch und Wurst besonders wichtig.

Während die Ursprungsdefinition für Fleisch relativ klar geregelt ist, stellt sich die Situation bei verarbeiteten Lebensmitteln bedeutend problematischer dar.

Gerade weil Konsumenten Lebensmittel österreichischen Ursprungs bevorzugen, bemühen sich Hersteller und Handel, den Produkten einen möglichst heimischen Anstrich zu geben. Gerne werden dazu rot-weiß-rote Herzen und Flaggen groß auf der Verpackung abgebildet, um dann den Hinweis, dass die Hauptzutaten nicht aus Österreich stammen in der Mindestschriftgröße von 1,2 Millimetern möglichst gut zu „verstecken“. Ebenfalls gerne verwendet werden Werbeaussagen wie „beliebtestes ... (Produktart) ... in Österreich“, „abgefüllt in

25 PROZENT EU-GELDER FÜR UMWELTPROGRAMME:

Köstingers neue GAP-Pläne

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) hat in der Debatte über die Reform der GAP „eine klare Zustimmung für das Anheben der Umweltleistung“ gefordert.

Es sollten 25 Prozent der Agrarmittel für Umweltprogramme in der ersten Säule zweckgewidmet werden, teilte Köstinger im Vorfeld eines Treffens mit ihren EU-Amts-

kollegen im Mai mit. Der Rat fordert offiziell 20 Prozent, das EU-Parlament 30 Prozent. Die 25 Prozent würden alleine in der ersten Säule der GAP, den Direktzahlun-

gen, 72,8 Milliarden Euro für Klima- und Umweltmaßnahmen in der Landwirtschaft bedeuten. Die GAP besteht aus zwei Töpfen: Zum einen werden jährlich Gelder ausgezahlt, die in den Direktzahlungen zusammengefasst werden – die erste Säule. Sie machen mit 378,5 Milliarden Euro ein Drittel des gesamten EU-Budgets (2021–2027) aus und werden zumeist anhand der Fläche eines Betriebs ausgezahlt. Die abschließenden Verhandlungen zwischen der EU-Kommission, EU-Parlament und den EU-Staaten über die GAP bis 2027 sind unterdessen zunächst gescheitert.



BAUERNBUND-FUNKTIONÄR MIT REGIONAL-HEUCHELEI:

Erdäpfel aus Ägypten

Während heimische Bauern auf Tonnen von Erdäpfeln sitzen, bietet der Handel Waren aus dem Ausland an. Besonders brisant: Ein Tiroler Bauernbündelfunktionär verkauft an eine Lebensmittelkette ägyptische Kartoffeln. Sein Unter-

nehmen packte die Ware aus Ägypten ab und lieferte sie dem Handel. Das ist typisch für das ÖVP-Umfeld, wirbt der Bauernbund ja ständig für regionale Produkte – und dann verkauft ein Bauernbündler ausländische Waren.

POLITIKER IM VISIER DER STAATSANWÄLTE:

Ermittlungen gegen ÖVP

Mittlerweile wird gegen so viele aktive und ehemalige ÖVP-Politiker und Spitzenbeamte staatsanwaltschaftlich ermittelt, dass man den Überblick verliert. Neben Bundeskanzler Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel, wird unter anderem auch gegen den ehemaligen ÖVP-Justizminister und Verfassungs-

richter Wolfgang Brandstetter ermittelt. Doch auch Thomas Schmid, Christian Pilnacek, Josef Pröll, Hartwig Löger und die ÖVP-Justizsprecherin Michaela Steinacker stehen im Visier der

Ermittler. Die Liste ist bei Weitem noch nicht vollständig und wird täglich länger. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



NDEN LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG KEINE BEWEGUNG:

on Lebensmitteln bleibt für nten weiterhin im Dunkeln

„Österreich“ oder „verpackt in Österreich“. Botschaften, die nichts über die Herkunft der verwendeten Zutaten aussagen und auch keine verpflichtende Herkunftsangabe zur Folge haben.

Besonders ärgerlich sind die Ausnahmen bei der Herkunftskennzeichnung für eingetragene Markennamen und geschützte geographische Angaben. „Tiroler Speck g.g.A“ beispielsweise ist eine solche geschützte geographische Angabe. Das Schweinefleisch für die so ausgelobten Produkte darf daher eine beliebige Herkunft haben, ohne dass dies dem Verbraucher mitgeteilt werden muss.

Aber auch eingetragene Marken lösen keine Pflicht zur Herkunftskennzeichnung aus. So müsste zum Beispiel die „Österreichische Wurstspezialitäten GmbH“ Wiesbauer



trotz der Aufschrift „typisch Österreichisch“ auf rot-weißem Band, nicht angeben, wenn das verarbeitete Fleisch aus dem Ausland importiert wäre.

Dazu Birgit Beck, Projektleiterin im Verein für Konsumenteninformation: „Eine generelle Pflicht, genau zu

deklarieren, woher die Hauptzutaten stammen, gibt es nicht. Leider hat auch die im April letzten Jahres in Kraft getretene Durchführungsverordnung für die Angabe des Ursprungslandes in diesem Bereich wenig Verbesserung für die Konsumenten gebracht.“

Foto: freepik.com



ERSTMALS ÜBER 75.000 HA:

Höchststand Sojaanbau in Österreich

Der Trend zum Sojaanbau auf Österreichs Äckern setzt sich fort: Heuer beträgt die Anbaufläche für Soja erstmals über 75.000 ha. Das sind um 10% mehr als im Vorjahr. Soja ist die viertgrößte Ackerkultur auf heimischen Feldern, nach Mais, Weizen und Gerste. Im Biolandbau ist Soja mit knapp 30.000 ha bereits die Nummer zwei nach Weizen. Über 12.000 Landwirte und somit 19% aller Ackerbauern kultivieren Sojabohnen.

Foto: pixabay.com

TIERMEHL SEI EIN „WERTVOLLER ROHSTOFF“:

Landesrat Hiegelsberger für Tiermehl-Verfütterung

Der ÖVP-Agrarlandesrat Max Hiegelsberger wirbt gerne mit „Genussland Oberösterreich“ und ist gleichzeitig für die Verfütterung von Tiermehl.

Tiermehl, zum Beispiel aus Schlachtabfällen erzeugt, wurde vor Jahren aufgrund BSE („Rinderwahn“) zur Verfütterung an Nutztiere verboten. In der EU-Kommission gibt es nun Bestrebungen, das wieder zu ändern – was von Landesrat Hiegelsberger (ÖVP) ausdrücklich un-

terstützt wird: „Tiermehl ist ein streng kontrollierter und äußerst wertvoller Rohstoff. Es ist lang an der Zeit, das infolge des Auftretens von BSE erfolgte Verfütterungsverbot neu zu diskutieren.“ Eine klare Absage erteilte diesen Plänen indes der Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft Oberösterreich, Franz Graf: „Wir sind strikt gegen eine



Verfütterung von Tiermehl. Wir können feststellen, dass eine Tiermehlzugabe gar nicht mehr notwendig ist. Warum also ein Risiko eingehen?“

Foto: pixabay.com



KOMMENTAR

Franz Graf

EINKOMMEN ZUM AUSKOMMEN

Die Corona-Krise hat uns die Abhängigkeiten deutlich aufgezeigt. Die Versorgungssicherheit wurde zum viel diskutierten Thema und die Wertschätzung für regionale Lebensmittel ist gestiegen. Aber was bleibt? Selbst die größten Optimisten erahnen es. Sobald der gewohnte Trott wieder zurück ist, schleicht sich das neue Bekenntnis zu Regional wieder davon. Daher müssen dazu jetzt von der Politik die Pflöcke einschlagen werden.

In den letzten Jahrzehnten verringerte sich unser Anteil am Verkaufspreis von Lebensmitteln dramatisch. Bei Brot ist dieser seit den 70er Jahren um 80 Prozent gesunken und liegt heute bei nur mehr vier Prozent. Unser Erlösanteil ist bald nicht mehr von Bedeutung. Brutal sehen wir es aktuell am Beispiel Bauholz, wie die verarbeiteten Produkte vom Rohstoffpreis fast vollkommen entkoppelt sind.

Es ist der Handel und die Industrie, die den Wert unserer Rohstoffe mit den für sie passenden, globalen Marktbedingungen entsprechend nach unten gedrückt haben. Doch wenn unser hoher Anspruch an Qualität, Umwelt und Nachhaltigkeit nicht aufs Spiel gesetzt werden soll, muss die Politik ihrer Verantwortung nachkommen und hier wieder ein Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft, Handel und Industrie herstellen. 100%ige Rohstoffkennzeichnung, transparentes Preissystem und wenn nötig gesetzliche Mindestpreise sind entscheidende Werkzeuge dazu.

DIE LEBENSMITTELPREISE STEIGEN VON JAHR ZU JAHR - GLEICHZEITIG

Was kommt beim Landwirt tatsächlich an?

Auf der einen Seite muss der Konsument für Lebensmittel zunehmend tiefer in die Tasche greifen, auf der anderen Seite sinkt der Anteil an den Verkaufserlösen für die Erzeuger stetig, obwohl die Anforderungen an die Landwirtschaft steigen. Was läuft falsch?

Da die Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft durchschnittlich etwa zwei Drittel des Einkommens der Bauern ausmachen, werfen wir zuerst einen Blick auf die Entwicklung der Höhe dieser Zahlung. Seit dem EU-Beitritt steht unsere Landwirtschaft in direkter Konkurrenz mit Ländern, in denen Umwelt-, Klima- und Tierschutzstandards, als auch Sozialstandards eine untergeordnete Rolle spielen. Wenn Länder mit verschiedenen Standards und Produktionskosten am freien Markt, ohne Zollschutz, produzieren, verschiebt sich die Produktion über kurz oder lang in jene Länder, die am billigsten pro-

duzieren. Die Ausgleichszahlungen sollten die heimische Landwirtschaft seit dem EU-Beitritt davor schützen, doch die Entwicklung des Agrarbudgets lässt daran zweifeln. Nach den Verhandlungen zum Agrarbudget 2021-2027 sagte Ministerin Köstinger vor einem Jahr: „Die harten Verhandlungen um das EU Budget bringen ein exzellentes Ergebnis für Österreich.“ Die Bauern könnten

EU-FÖRDERUNGEN

aufatmen und „damit werden wir auch in Zukunft flächendeckende Landwirtschaft in Österreich möglich machen.“ Tatsächlich

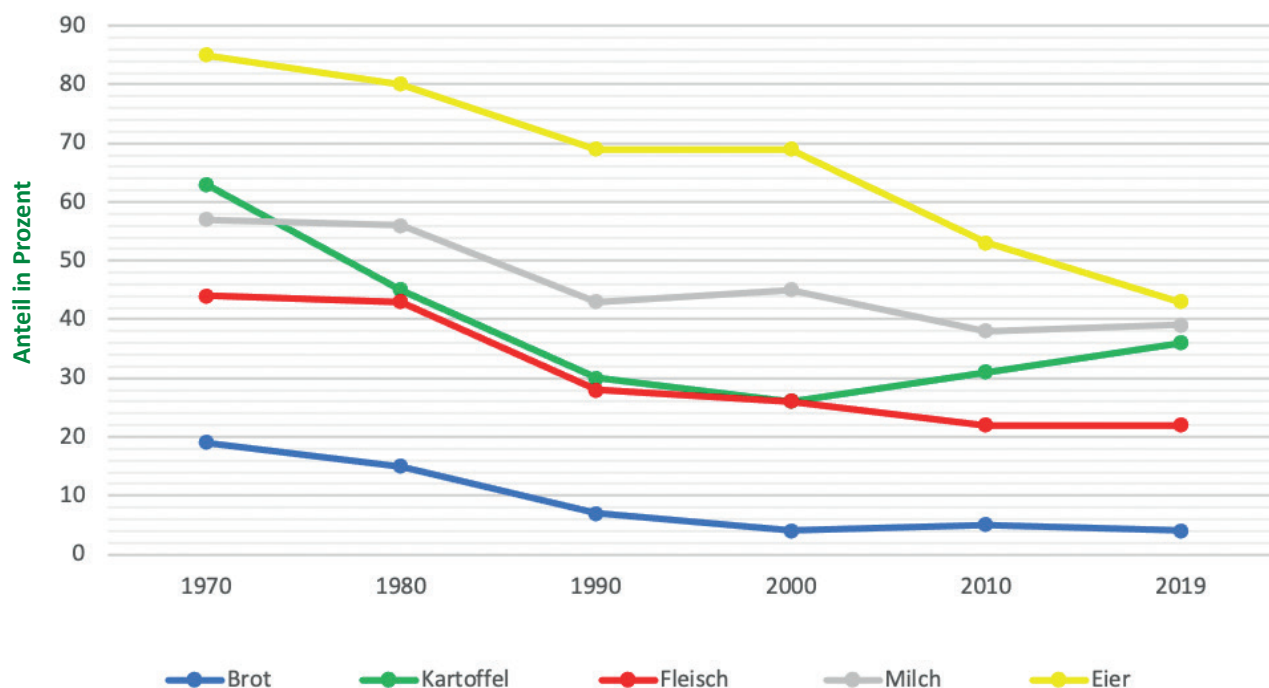
haben sich die „Förderungen“ für die österreichische Land- und Forstwirtschaft seit dem EU-Beitritt um fast ein Viertel reduziert. Laut der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft beliefen sich diese im Jahr 1995 auf 2,74 Mrd. € Derzeit sind es 1,9 Mrd. €. Und die Inflation? Seit dem EU-Beitritt beträgt diese etwa 50 Prozent! Das von Ministerin Köstinger und der Kurz-Truppe in „harten Verhandlungen“ ausverhandelte jährliche Plus von 0,4 Prozent für das Agrarbudget frisst die Inflation bereits zur Gänze auf. Dennoch wird dieses Ergebnis von der ÖVP und dem Bauernbund als großer Erfolg verkauft. Man stelle sich vor,

wie beispielsweise die Metall-Gewerkschaft auf ein vergleichbares Ergebnis reagiert hätte. Vermutlich hätte man die Verhandler davongejagt. LAbg. Ing. Franz Graf versucht wachzurütteln: „Eine flächendeckende Landwirtschaft“, wie sie von Köstinger hervorgehoben wird, gibt es auch im mittleren Westen

FLÄCHENDECKEND?

der USA, mit Betriebsgrößen von zehntausenden Hektaren. Wir fordern politische Maßnahmen, die stattdessen eine strukturerehaltende Landwirtschaft sicherstellt und faire Preise für unsere hochwertigen Produkte, die es unseren Bauern ermöglichen, ihre Betriebe für die kommenden Generationen zu erhalten.“ Doch Industrie und Handel sind auf immer billigere Rohstoffe angewiesen, um ihre Kosten abzudecken und

Anteil der Verbraucherausgaben, der bei den Landwirten ankommt.



Quelle: Thünen-Institut, Grafik: Der Freie Bauer



△ Die Produktionskosten steigen, vom Erlös bleibt aber weniger.

Der Preisdruck auf die Landwirtschaft stieg in den letzten Jahren stetig. ▷

STETIG SINKEN DIE ERZEUGERPREISE FÜR DIE BAUERN:

Wie viel vom Verkaufspreis an?

jährliche Gewinne einfahren zu können. Für die Landwirtschaft bleibt, was am Ende des Tages vom Kuchen übrig geblieben ist. „Anstatt für faire Erzeugerpreise zu kämpfen, verschwendet der Bauernbund, als mehrheitlich gewählte Ständevertretung, Zeit und redet sich die aktuelle Situation schön. Es stellt sich die Frage ob dieser von Industrie und Handel gekauft und zur Untätigkeit gezwungen wird, anstatt die Interessen der Bauern zu vertreten“, so Graf.

Laut dem Internationalen Währungsfonds sind zwischen Mai 2020 und April 2021 die Lebensmittelpreise um 25 Prozent gestiegen. Dass diese Preissteigerung bei den Landwirten eins zu eins angekommen ist, davon ist nicht auszugehen. Hingegen steigt die Marktspanne unaufhaltsam, die auch den Preis für Lebensmittel, den

der Konsument bezahlen muss, nach oben treibt. Obwohl im vergangenen Jahr die Bedeutung der Versorgungssicherheit mit hochwertigen Lebensmitteln in Krisenzeiten sichtbar wurde, ist außer Dank und Anerkennung keine Trendumkehr der verfehlten Agrarpolitik erkennbar.

Nach wie vor kommt nur ein geringer Teil dessen, was die Verbraucher für Nahrungsmittel bezahlen, bei den Erzeugern an. „Die Differenz zwischen Verbraucherpreisen und zugehörigen Erzeugerpreisen ist bedeutsam für Marktakteure und Politik“, so das deutsche Thünen-Institut, das seit Jahrzehnten im Institut für Markanalyse die Dy-

KEINE TRENDUMKEHR

namik dieser Marktspanne in Deutschland analysiert. Eine aktuelle Studie kommt zum

Schluss, dass die Landwirte in Deutschland im Jahr 2019 nur 22 Prozent der Verbraucherausgaben für Lebensmittel erhielten, der Rest entfiel auf die Verarbeitung und Vermarktung. Der Anteil für die Erzeuger hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch reduziert. 1970 war dieser mit 4 Prozent mehr als doppelt so hoch.

BROTPREIS

Bei Brot und Getreideerzeugnissen hat sich der Anteil an den Verbraucherausgaben für die Landwirte am stärksten reduziert. Hier ist ein Rückgang von 79 Prozent von 1970 bis 2019 zu verzeichnen. Der Anteil bei Fleisch und Fleischerzeugnissen hat sich im selben Zeitraum um 50 Prozent reduziert, bei Eiern um 9 Prozent, bei Kartoffeln um 3 Prozent und bei Milch um 32 Prozent.

BROT: 91 PROZENT RÜCKGANG SEIT DEN 1950ERN

In den 1950er Jahren kamen noch 4 Prozent der Verbraucherausgaben für Brot und Getreideerzeugnisse beim Landwirt an. In den 70er Jahren lag der Anteil bei 19 Prozent und sank bis 2019 auf nur mehr 4 Prozent.



FLEISCH: ANTEIL FÜR DIE ERZEUGER HALBIERT

In den 1970er Jahren kamen noch 4 Prozent der Verbraucherausgaben beim Landwirt an. Im Jahr 2019 waren es nur mehr 22 Prozent. In den vergangenen 50 Jahren hat sich der Anteil für die Erzeuger halbiert.



EIER: AUCH HIER HALBIERUNG FÜR ERZEUGER

Seit den 1970er Jahren ist der Anteil an den Verbraucherausgaben, der beim Landwirt ankommt, um 9 Prozent gesunken. In den 1970er Jahren kamen noch 85 Prozent beim Landwirt an, 2019 waren es nur mehr 3 Prozent.



VERBRAUCHERPREISE: EIN DRITTEL HÖHER SEIT 2010

Während der Anteil für die Erzeuger stetig sinkt, sind die Verbraucherpreise von Lebensmitteln in Deutschland von 2010 bis 2020 um 22 Prozent gestiegen. In Österreich sind diese sogar um satte 28 Prozent gestiegen.



Foto: www.pixabay.com



Foto: www.pixabay.com

BESONDER AUGENFÄLLIG SIND DIE PREISSTEIGERUNGEN BEIM BROT: VIER PROZENT ERHALTEN DIE BAUERN NUR MEHR VOM VERKAUFSPREIS.



Foto: www.pixabay.com

Fotos (4): pixabay.com

EU-STUDIE ZU „GRÜNER GENTECHNIK“:

Neue Gentechnik-Debatte

Mit einer neuen Studie hat die EU die Gentechnik-Debatte erneut angefacht. In der Studie werden die biotechnologischen Züchtungsmethoden behandelt.

Der Europäische Gerichtshof hatte 2018 die neue Züchtungsmethode mithilfe der Genschere CRISPR/Cas der bisherigen Gentechnik gleichgestellt. Damit unterliegen auch mithilfe der Genschere gezüchtete Sorten den strengen Kennzeichnungsvorschriften und Zulassungsaufgaben wie GVO. Das Gerichtsurteil wird aber infrage gestellt, weil sich der Eingriff mit der Genschere später gar nicht nachweisen lasse. In den Ergebnissen der neuen Studie stellt die



EU-Kommission klar: Auch neue biotechnologische Züchtungsmethoden sollten unter das EU-Gentechnikrecht fallen. Die Gesetze aus dem Jahr 2001 seien jedoch ungeeignet, um die Vielfalt und die Fortschrittlichkeit aller neuen Züchtungstechniken abzubilden, so die EU-Kommission.

Während Pflanzenzüchter und einige Wissenschaftler das neue Verfahren vor allem als Chance sehen, sind die

Reaktionen in der Politik gespalten. Während viele Politiker strenge Regelungen für die Gentechnik begrüßen und damit eine Begrenzung der

Genlobby sehen, wollen andere das Verfahren der Genschere als Chance für neue Züchtungsmethoden fördern.



ABSTIMMUNGSVERHALTEN IM EU-PARLAMENT

ÖVP bei Ablehnung des Mercosur-Abkommens umge

Nachdem die ÖVP im Jahr 2018 im Nationalrat – zusammen mit der FPÖ – noch gegen das Mercosur-Abkommen stimmte, sind die schwarzen Abgeordneten auf EU-Ebene inzwischen uneins und haben teilweise wieder für das Abkommen gestimmt.

Im Europäischen Parlament wurde am 19. Jänner über den Jahresbericht zur EU-Außen- und Sicherheitspolitik abgestimmt. Aus landwirtschaftlicher Sicht nichts Außergewöhnliches – möchte man meinen. Allerdings verweist dieser Bericht in § unter anderem auf die Wichtigkeit des Mercosur-Abkommens und betont die Notwendigkeit dieses und weitere Abkommen voranzubringen und abzuschließen. Daraufhin hat die Fraktion der Grünen/EFA einen Änderungsantrag eingebracht, der die Löschung dieses Satzes vorsah. Dieser wurde allerdings knapp mit 297 Pro-Stimmen zu 303 Gegenstimmen abgelehnt.

Wie sich nun herausstellt, haben neben der österreichischen NEOS-Abgeordneten Claudia Gamon auch vier ÖVP-Abgeordnete gegen die Löschung der Mercosur-Passage gestimmt: Konkret sind

das Lukas Mandl (Mitglied des Bundesvorstandes des ÖAAB), Christian Sagartz (Landesobmann des ÖAAB Burgenland) sowie Barbara Thaler (Vizepräsidentin der Tiroler Wirtschaftskammer) und Angelika Winzig (stv. Landesobfrau des OÖ Wirtschaftsverbundes). Sie stimmten – wie der Großteil aller

VOLKSPARTEI UNEINS

Abgeordneten der Fraktion der Europäischen Volkspartei – gegen den Antrag der Grünen und somit dafür, dass der Bericht die Fortführung der Mercosur-Verhandlungen unterstützt. Besonders brisant: Genau diese vier Stimmen fehlten dem Antrag für eine Mehrheit. Die Mercosur-Textpassage blieb somit bestehen.

Durch dieses Abstimmungsverhalten wurden die Interessenkonflikte in der ÖVP wieder eindrucksvoll aufgezeigt.

NEONICS: EUGH WEIST KLAGE ENDGÜLTIG ZURÜCK

Der Chemiekonzern Bayer ist mit seiner Klage gegen das Verbot von Neonicotinoiden endgültig gescheitert. Bayer bezweifelte die Studien. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigte sein Urteil von 2018 und wies angebliche Fehler zurück.



FPÖ FÜR DUMPINGVERBOT BEI GÜTESIEGELWARE

Die FPÖ setzt sich für ein Dumpingverbot für Gütesiegelware ein. Agrarsprecher Schmiedlechner: „Der Handel wirbt mit einem Preisnachlass bis zu 56 Prozent für Fleisch mit dem AMA-Gütesiegel. Für hohe Qualität ist das unerträglich.“



ITALIENISCHE WINZER:

EU will Wein mit Wasser verdünnen

Italienische Winzer haben Pläne der EU öffentlich gemacht, im Rahmen eines „Aktionsplans zur Verbesserung der Gesundheit der europäischen Bürger“, eine teilweise oder vollständige Dealkoholisierung von Weinen mit der Zugabe von Wasser zuzulassen. Auslöser des Streits ist ein EU-Arbeitspapier, das die „Entalkoholisierung“ von Weinen regeln will. Das Thema dränge angeblich, weil das Beispiel des alkoholfreien Bieres gezeigt habe, wie schnell sich Marktanteile verschieben können.



GERNE REDET SICH DIE ÖVP BEI UNBEQUEMEN THEMEN AUF DIE EU RAUS - DABEI SITZEN IHRE EIGENEN LEUTE EBENFALLS IN DEN GREMIEN.

Foto: commons.wikimedia.org/ Cancellaria Ecuador (CC-BY-SA 2.0)

ENT IRRITIERT:

s Merco- fallen?

Während die ÖVP-Abgeordneten des Bauernbundes für den Abänderungsantrag der Grünen stimmten, lehnten jene ÖVP-Abgeordneten, die dem Wirtschaftsflügel zuzuordnen sind, diesen ab. Ein weiteres Zeichen für das Gegeneinander zwischen bäuerlicher Politik und der Freihandelsfraktion. Und wie so oft setzten sich die Vertreter des Bauernbundes nicht gegen den Wirtschaftsflügel in der eigenen Partei durch. Tatsächlich wird im aktuellen ÖVP/Grünen-Regierungsprogramm an zwei Stellen darauf hingewiesen, dass die Österreichische Bundesregierung das Mercosur-Abkommen ablehnt. Auch Ministerin Köstinger (ÖVP) lehnte das Abkommen bisher ab. In einer Aussendung des Bauernbunds heißt es: „Im EU-Parlament stimmten Bernhuber und Schmiedbauer im Zuge eines Berichts über die EU Außenpolitik geschlossen gegen das Handelsabkommen Mercosur. Davon, dass die eigenen Parteikollegen gegen den Antrag gestimmt haben, steht nichts in der Aussendung.

NOTBREMSE WEGEN PREISSTEIGERUNGEN:

Argentiniens Präsident stoppt Fleischexport

Argentiniens Präsident will die Preissteigerungen beim Rindfleisch nicht mehr hinnehmen, zieht die Notbremse und verbietet den Export.

Die Rindfleischherzeuger reagieren mit einem Lieferstreik. Argentiniens Fleischindustrie ist aufgrund der Erzeugungsmenge darauf angewiesen, das eigene Rindfleisch in großem Stil zu exportieren. Das Land ist einer der größten Exporteure von Rindfleisch weltweit. 2020 exportierte das Land Rindfleisch und Leder im Wert von umgerechnet 2,8 Mrd. € vor al-

lem nach China, Deutschland und Israel.

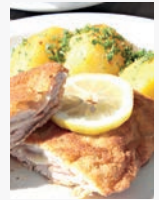
Für die Regierung ist das der Grund, weshalb Rindfleisch im Land knapp ist und immer teurer wird. Staatspräsident Alberto Fernández hat daher jetzt die Notbremse gezogen und den Fleischexport verboten. Die Produzenten sträuben sich allerdings gegen das Verbot. Der Agrarverband CRA teilte umgehend mit, eine Woche lang aus Protest überhaupt kein Rind- und Kalbsfleisch mehr in Argentinien verkaufen zu wollen. Fernández warf der Fleischbranche „spekulative Geschäfte und Zollvermeidung“ vor.



Foto: commons.wikimedia.org/ Nicolás Abaort (CC BY 2.5 AR) Fotos (2): pixabay.com

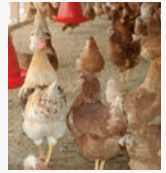
TIERWOHL: DAS SCHNITZEL WÄRE SIEBEN CENT TEURER

Würden alle Forderungen des Tierschutzvolksbegehrens in der Schweinemast umgesetzt, würde das zu Mehrkosten von rund 50 Cent pro Kilo Schlachtgewicht führen. Bei einem Schnitzel mit 200 Gramm wären das nur sieben Cent.



SCHWIMMENDE MILCHVIEHBE-TRIEBE IN HOLLAND

Seit 2019 gehen Unternehmer in Rotterdam in Holland neue Wege: Sie bauten im Hafen einen schwimmenden Kuhstall. Sollte das Projekt gut laufen, wollen sie mit einem Hühnerstall mit 7.000 Tieren und einem Gewächshaus nachziehen.



BAUERNKRITIK - HANDEL ZERSTÖRE DIREKTVERMARKTUNGSKONZEPT:

Bauern wehren sich gegen Billa „Regional-Boxen“ und bitten um Hilfe

Die Billa-Kette startete ein neues Konzept. In sogenannten „Regional Boxen“ werden alltägliche Artikel auf Selbstbedienungsbasis 24 Stunden angeboten.

In vielen Gemeinden Österreichs starteten Bauern bereits vor vielen Jahren mit 24-Stunden-Selbstbedienungsboxen ein neues Konzept in der Direktvermarktung. Der Konsument konnte so zeitunabhängig landwirtschaftliche Produkte aus eigener Erzeugung erwerben. Vor kurzem sorgte nun die Aufstellung von vier „Regional Boxen“ durch Billa in Kärnten für viel Unmut. Nun hat die Landwirtschaftskammer den Hilferuf aufgegriffen und appelliert in einem offenen Brief an die Bürger-

meister, bei der Errichtung von Selbstbedienungsläden den Bauern den Vorzug zu geben. Der Appell richtet sich gleichzeitig an die Konsumenten und Politiker, auf die Handelsketten einzuwirken, dass verstärkt regionale Produkte in den Regalen liegen sollten. Der Wunsch ist demnach nicht, dass die Container in die Dörfer gestellt werden, sondern dass mehr Produkte heimischer Produzenten den Weg in die Regale

der Handelsketten finden. In dem Brief heißt es: „Auch wenn in diesen ‚Regionalboxen‘ des Lebensmitteleinzelhandels regionale Produkte bäuerlicher Erzeuger gelistet werden, sehen wir durchaus die Gefahr, dass mittelfristig die Machtposition der Konzerne und deren Konkurrenz untereinander dazu führen wird, dass den bäuerlichen Lieferanten Niedrigpreise abverlangt werden und sich die Situation nach der Etablierung der Standorte zu Ungunsten der bäuerlichen Betriebe entwickeln könnte.“

Eine Reaktion des Handels lag bisher noch nicht vor, Bauern befürchten, dass die ersten „Regional Boxen“ nur ein Testballon des Handels sind, um den Preisdruck auf die Bauern zu erhöhen.



Foto: freepik.com

WALDBEWIRTSCHAFTER PLANEN FÜR DIE ZUKUNFT:

Waldumbau - Fragen bleiben



DER EINFLUSS DES SCHALENWILDES AUF DEN WALDUMBAU STEHT AUSSER FRAGE.

Foto: pixabay.com

Stürme, Dürre und Insektenkalamitäten bestimmen seit einigen Jahren den forstlichen Alltag. Sehr wahrscheinlich werden diese Ereignisse auch in den kommenden Jahren ständigen Begleiter sein. Neben den katastrophalen Folgen für den Waldbesitz kommt es zunehmend zu Einschränkungen in der Funktionalität der Kulturlandschaft (Wasser, Erholung, Boden). Vor allem Reinbestände aus Nadelhölzern, die oft aus früheren

Epochen stammen, stellen ein Risikopotential dar. Hinzu kommen vielerorts überhöhte Schalenwildbestände, die eine zielführende, gemischte und standortangepasste Vorverjüngung verhindern. Zukunftsfähige waldbauliche und jagdliche Konzepte sind gefragt, um diese Krisensituation zu bewältigen. Die Wälder der Zukunft müssen mit den vermehrt auftretenden Extremen zurechtkommen. Deshalb sollten sie aus einer Mischung möglichst

vieler, für den Standort geeigneter, Baumarten ungleichen Alters und Wuchsdynamik bestehen.

Doch wie ist dieses Idealbild am besten umzusetzen? Forstliche Fachleute empfehlen eine Strategie aus mehreren Maßnahmen. Zunächst ist eine Anpassung der Schalenwildbestände auf ein Maß anzustreben, bei dem die Waldverjüngung ohne Schutzmaßnahmen aufwachsen können. Ohne diese erste Maßnahme bliebe ein Waldumbau auf größeren Flächen erfolglos.

Daneben solle eine Erhöhung der Intensität des Waldumbaus und damit einer permanenten, gemischten Vorverjüngung durch Saaten, Pflanzung, Naturverjüngung in derzeit noch intakten Waldbeständen einhergehen. Gleichzeitig sei eine konsequente Förderung (Freistellung) von Sukzessions- und Mischbaumarten in nadelholzdominierten Beständen wichtig. Zeitige und konsequente Pflegeeingriffe

ebenso wie die damit einhergehende Stabilisierung vorhandener Nadelholzanteile sollten wie die Vermeidung von Reinbeständen und eine Einzelbaumweise Anreicherung mit Mischbaumarten angestrebt werden. Alle diese Maßnahmen können natürlich nur eine Anregung sein und es gibt eine Vielzahl weiterer Ideen.



BUNDESFORSTE:

Birkhahn-Balz unter Windrädern

Verblüffende Ergebnisse bringt ein kürzlich abgeschlossenes Birkwild-Monitoring der Österreichischen Bundesforste (ÖBf) im Windpark Pretul (Steiermark). Auch nach der Inbetriebnahme des Windparks Pretul im Jahr 2016 zeigt sich die Population an Birkwild (*Tetrao tetrix*) in gutem Zustand und verzeichnete 2020 sogar einen neuen Höchststand. „Bei der letzten Zählung war die Population an Birkwild, Hahnen und Hennen eingeschlossen, so hoch wie schon seit Jahren nicht mehr“, bestätigt Georg Schöppl, Vorstand der Bundesforste, die jüngsten Ergebnisse. Nach einem sehr milden Winter konnte 2020 eine der drei höchsten Hahnenzahlen seit 2006 beobachtet werden. Über das gesamte Windparkgebiet verteilt befinden sich zahlreiche Balzplätze der selten gewordenen Hühnervögel, die zur Gattung der Raufußhühner gehören. Gezählt wurde vier Jahre lang, seit der Errichtung des Windparks 2016 und die Ergebnisse mit Daten vor der Errichtung des Windparks verglichen.

Foto: pixabay.com

APPELL AN NATURNUTZER: GEFAHR DURCH WALDARBEIT

Die Landwirtschaftskammer appelliert in diesem Jahr wieder an alle Naturnutzer, die Gefahren durch Waldarbeit ernst zu nehmen. Vor allem die Beachtung von Warntafeln sei wichtig. Viele Menschen nutzen den Wald und die Natur, um Erholung zu suchen. Aufgrund der durch den Corona-Lockdown bedingten Einschränkungen nutzen noch mehr Menschen die Wälder. Holzerntearbeiten stellen daher ein Gefahrenpotential dar.



Foto: freepik.com



SÄGERUNDHOLZ WIRD IMMER GEFRAGTER - DIE PREISE ZIEHEN NUR LANGSAM AN.

POSITIVER TREND IN DER BAUBRANCHE HÄLT AN:

Nachfrage nach Rundholz

Der positive Trend in der Bauwirtschaft setzt sich fort und die Nachfrage nach allen Schnittholzsortimenten übersteigt aktuell das Angebot. Der Holzpreis für

das Leitsortiment Fichte hat die, - immer noch sehr niedrige - 90 Euro-Marke überschritten. Teilweise werden zusätzlich Lieferprämien gewährt.



AUCH FÜNF HOLZUNTERNEHMEN AUS ÖSTERREICH WAREN VON DEN STRAFEN BETROFFEN.

RUMÄNIEN WEHRT SICH GEGEN MISSBRAUCH:

Hohe Strafen für Sagler

Die rumänische Wettbewerbsbehörde hat 31 Unternehmen aus der Holzindustrie mit Bußgeldern in Höhe von rund 266 Mio. Euro belegt. Von 2011 bis 2016 sei es bei Ausschreibungen in 4 Fällen laut Behörde zu Absprachen zwischen den Wettbewerbern und zum Austausch von sensiblen Informationen bei der Rohholzbeschaffung, der Einkaufspolitik, betriebssinterner Abläufe, der Aufteilung der Lose sowie zu Absprachen während des Bieterprozesses gekommen.

Auch aus Österreich waren fünf Unternehmen unter den Verurteilten, die sich aber mit Rumänien auf Vergleichszahlungen geeinigt haben. Die Unternehmen ließen wissen, dass man „Mängel festgestellt und umgehend die notwendigen Korrekturmaßnahmen ergriffen, wie etwa ein Sorgfaltspflichtsystem eingeführt“ habe. Weiters habe man einen Verhaltenskodex zur Förderung einer sicheren Holzlieferkette in Rumänien eingeführt, der für alle Lieferanten gelte.

OBERSTER GERICHTSHOF ENTSCIED KÜRZLICH:

Nutzung von Forststraßen

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat bezüglich der Erlaubnis des Forststraßenerhalters zur Nutzung von Forststraßen ein Urteil gefällt: Die Einstufung eines Weges als Forststraße bedeutet nicht, dass das Zustimmungsrecht des Erhalters einer Forststraße nur auf forstwirtschaftliche Zwecke zu beschränken ist. Waldeigentümer sind forst-

lichen Zwecken dient (etwa bei Durchfahrt auf einer Forststraße). Auch der Erhalter, der die Kosten der Errichtung und Erhaltung einer Forststraße trägt, darf eine Fahrerlaubnis erteilen. Im konkreten Fall war der Erhalter der Forststraße die Stadt Innsbruck, die Anwohnern die Benutzung einer Forststraße mit einem Beschluss des Stadtsenats

wirtschaftliche Unternehmer, können aber dennoch die Nutzung des Waldes gestatten, wenn diese weder der Erholung noch forstwirtschaft-



Foto: pixabay.com

BEGRENZUNG DER EINSCHLAGSMENGEN:

Planwirtschaft im Forst?

In Deutschland sorgt derzeit die Anwendung des „Forstschäden-Ausgleichsgesetzes“ für heftige Diskussionen. Mit diesem Gesetz wird der Fichteneinschlag im laufenden Wirtschaftsjahr beschränkt. Kritiker befürchten durch die mangelnde Verfügbarkeit von Holz immer weitere Verwerfungen wegen der künstlichen Holzknappheit. Durch die Anwendung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes dürfen Forstbetriebe in diesem Jahr nur maximal

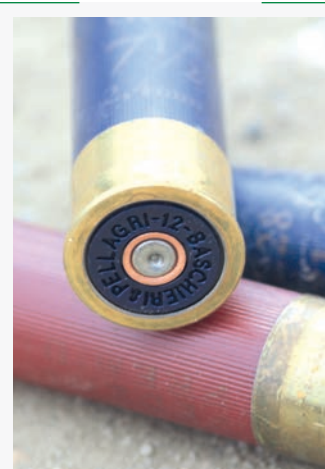
85% ihrer normalen Einschlagsmenge ernten. Tatsächlich beträgt die Reduktion wegen des gewählten Referenz-



zeitraums laut AGR Arbeitsgemeinschaft Rohholz sogar bis zu 30-0% gegenüber den Vorjahren. Das politische Instrument, eigentlich gedacht zur Beruhigung des Marktes und zur Stabilisierung der Preise, wird wahrscheinlich in der zweiten Jahreshälfte wirksam, wenn viele Forstbetriebe ihre Quote ausgeschöpft haben. Gleichzeitig zur Marktnachfrage käme es dann zu einer künstlichen Verknappung des Rohstoffangebots. Die Folge: die

dramatische Lage auf dem Holzproduktmarkt wird verschärft. Der Markt Eingriff des Staates bewirkt also das genaue Gegenteil.

Foto: pixabay.com



GESETZESENTWURF 2022:

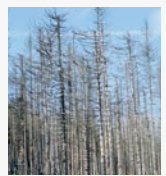
EU will Bleimunition verbieten

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) will den Verkauf und die Nutzung von Bleimunition komplett verbieten. Seit März beginnt auf Basis eines Vorschlags der ECHA ein Beratungsprozess der EU-Kommission mit allen Interessengruppen. Ein Gesetzesentwurf wird bis Mitte 2022 erwartet.

Foto: pixabay.com

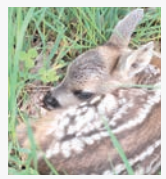
DER WALD LEIDET WEITER IN MITTELEUROPA

In Mitteleuropa leidet der Wald weiter. Die deutsche Waldzustandserhebung zeigt auf, dass die wieder zu bewaldende Fläche bei 277.000 ha liegt und die Menge des Schadholzes bei 171 Mio. fm liegt. In Österreich liegt die Schadholzmenge 2020 bei knapp vier Mio fm.



DROHNENKAUF ZUR KITZRETTUNG GEFÖRDERT

Das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen fördert seit heuer den Drohnenkauf zur Kitzrettung. Bis zu 80 Prozent der Kosten will das Land übernehmen, wenn sich die Jäger geeignete Drohnen mit Wärmebildkamera anschaffen. Auch etwas für Österreich?



Fotos (2): oben: pixabay.com, unten: wikimedia.org

FPÖ-AGRARSPRECHER GEHT HART INS GERICHT MIT DER ANKÜNDIGUNG

„Köstinger ist Ankündigungsweltmeister“

Die Aussagen der ÖVP und des Bauernbundes stimmen nicht immer mit dem tatsächlichen Abstimmungsverhalten im Parlament überein. Einer, der in seiner Arbeit damit regelmäßig konfrontiert wird, ist der FPÖ-Agrarsprecher NAbg. Peter Schmiedlechner. „Der freie Bauer“ hat nachgefragt...

Ministerin Köstinger und der Bauernbund haben sich in den vergangenen schwierigen Jahren mit Ankündigungen von Hilfspaketen für die Land- und Forstwirtschaft förmlich überschlagen. Was können Sie uns über die tatsächliche Umsetzung berichten?

ÖVP-Landwirtschaftsministerin Köstinger und der Bauernbund sind Ankündigungsweltmeister und Umsetzungszwerge. So wurde beispielsweise die Steuerreform und eine Entlastung für die Bauern mehrfach angekündigt, schlussendlich wurde diese den Bauern dann als Corona-Hilfspaket verkauft. Wenn man sich die Presseaussendungen der letzten Jahre von der Ministerin und dem ÖVP-Bauernbund ansieht, müsste es den Bauern eigentlich gut gehen und etwa eine ordentliche Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln wäre längst umgesetzt. Die Zahlen belegen aber etwas anderes. Die Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft sind rückläufig und der Strukturwandel galoppiert dahin. Es ist festzuhalten, dass die Millionenhilfen bei den bäuerlichen Familienbetrieben nur spärlich ankommen. Oft profitieren von diesen die Verarbeitungsbetriebe oder - wie etwa im Forstbereich - die Sägeindustrie. Auch der bürokratische Aufwand der Beantragung schreckt oft viele Bauern ab. (Die Verwaltung braucht ja auch eine Arbeit oder nicht?)

Anstatt Probleme bei den Wurzeln anzugehen und eine Richtungsänderung in der Landwirtschaft einzuleiten, werden von der ÖVP nur kurzfristige oder einmalige Maßnahmen gesetzt, um den Eindruck zu erwecken, etwas gemacht zu haben.

Wir Freiheitliche setzen uns für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft ein, während andere Berufsgruppen einen Kollektivvertrag haben und danach bezahlt werden, erhalten Bauern für ihre Produkte seit beinahe 30 Jahren immer dasselbe.

Für uns ist es unumgänglich, dass die Landwirtschaft für ihre hochwertigen Produkte und ihre Leistungen für die Umwelt und für das Klima ordentlich bezahlt wird. Eine langfristige Ausrichtung der heimischen Landwirtschaft, um die Ernährungssouveränität zu sichern und Planungssicherheit für die Betriebe zu gewährleisten, ist ein Gebot der Stunde

Die SVS-Beiträge werden regelmäßig erhöht, obwohl die durchschnittliche Einkommensentwicklung seit Jahren negativ ist. Wie passt das zusammen?

Eigentlich überhaupt nicht. Die finanzielle Situation der Bauernfamilien ist schon lange prekär. Das Bauernsterben ist nicht nur ein Schlagwort, es ist Realität, und somit werden tausende Arbeitsplätze im ländlichen Raum vernichtet. Dass dann auch noch die Sozialversicherungsbeiträge steigen ist für mich unbegreiflich! Wir haben für die Dauer



Foto: freepik.com

der Corona-Krise einen kompletten Erlass der SV-Beiträge eingefordert. Im Nationalrat haben alle anderen Parteien dagegen gestimmt! Unglaublich - wer es aber nicht glaubt, dem können wir gerne unsere Anträge zur Verfügung stellen.

Was sind ihre wesentlichen Kritikpunkte an der GAP-Reform?

Grundsätzlich ist die neue GAP eine Fortsetzung des alten gescheiterten Weges. Man hat der neuen GAP lediglich einen grünen Anstrich mit einem gut klingenden Namen verpasst. „Farm to fork“ und „Biodiversitätsstrategie“ sind neue Schlagwörter. Es bleibt somit zu befürchten, dass diese auf nationaler Ebene anders ausgestaltet werden. Es ist

auch zu befürchten, dass die neuen Klima-, Umwelt- und Tierschutzaufgaben das Bauernsterben in Österreich noch weiter anfeuern werden. Für die Bauern bedeutet das im Endeffekt, dass sie vor allem mehr Auflagen und mehr Bürokratie für gleich viel oder eher weniger Geld zu meistern haben.

Soll die biologische Landwirtschaft mit der neuen GAP-Reform tatsächlich „abgewertet“ werden?

Zuerst vorab: Mir sind beide Wirtschaftsweisen - Bio-Betriebe und konventionelle Betriebe sehr wichtig, es sollte jeder die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, wie er produziert. Beide haben ihre Berechtigung und sollten sich nebeneinander gut entwickeln

WIRTSCHAFTSPOLITIK DER VOLKSPARTEI UND IHRER BÜNDE:

„Lebenseister und Umsetzungszweig“



FPÖ-AGRARSPRECHER NABG. PETER SCHMIEDLECHNER

„Mit Herz und Verstand für unser Land!“ Das ist das Credo des FPÖ-Agrarsprechers NAbg. Peter Schmedlechner. Er wurde am 16.9.1982 geboren und bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Betrieb in Lichtenegg im Bezirk Wiener Neustadt-Land. Neben seiner Tätigkeit als Gemeinderat und Kammerrat ist er seit November 2017 Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat und seit Jänner 2020 Schriftführer des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft.



können.

Alleine mit der neuen Bio-Weideverordnung hat man bereits viele Bio-Betriebe verloren. Die Bioverbände befürchten, dass es jetzt zu einer Abwertung von „Bio“ kommt. Das vorgeschlagene Modulsystem erweckt den Eindruck, dass Betriebe mit der Wahl verschiedener Module annähernd die gleiche Prämie erzielen können, wie ein Bio-Betrieb. Der Anreiz „Bio“ zu machen, wird geringer. Im Endeffekt ist zu befürchten, dass das neue Programm für viele Bauern ein weiterer Grund dafür ist, den Hut auf den Nagel zu hängen. Es ist verwunderlich, dass es nach der Regierungsbeteiligung der Grünen wohl weniger Biobauern geben wird als davor!

Eine durchgehende Herkunfts-kennzeichnung bei verarbeiteten Produkten ist eine Frage des Wollens und nicht des Könnens, hört man von vielen Seiten. Wer blockiert diese Forderung? Und warum?

Die Geschichte der Herkunftskennzeichnung ist eine schier unendliche. Selbstverständlich ist es nur eine Frage des Wollens. Nur eine lückenlose Herkunftskennzeichnung wäre wirklich sinnvoll. Alles andere wäre nur eine reine Augenauswischerei. Wo Österreich draufsteht, muss auch Österreich drin sein, lautet unsere Devise. Es würde auch dem Trend am Markt entsprechen. Die Konsumenten ver-

langen nach übersichtlichen, aber ausreichenden Informationen. Die Herkunft ihres Essens ist ihnen sehr wichtig und man sollte sie endlich vor Trickserien beschützen. Für die österreichischen Bauern wäre es ein Vorteil, weil dann die hochwertigen Qualitätsprodukte auch klar erkennbar wären. Hier ist nun die schwarz-grüne Regierung am Zug. Vor-

allem die ÖVP soll von reinen Versprechen endlich ins Tun übergehen. Oft haben wir Anträge im Parlament eingebracht, aber diese wurden von ÖVP und Grünen immer abgelehnt! Es ist schon sehr kurios, wenn die ÖVP in der Öffentlichkeit vollmundig von der Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel spricht, dann aber im Parlament Anträge, die diese einfordern, mit Argumenten der Lebensmittelindustrie vertagt oder ablehnt.



CORONA, US-CHINESISCHER HOLZHUNGER UND KÄFER:

Die Holzpreise explodieren, die Waldbesitzer gehen leer aus - eine Ursachensuche

Die Preise für Schnittholz steigen weltweit sprunghaft an. Die Nachfrage nach Holz ist sowohl im Inland, als auch im Ausland so hoch wie noch nie. Seit rund einem Jahr exportiert die EU bei gleichbleibender Einschlagsmenge große Mengen an Schnittholz in die USA.

Doch die Erzeugerpreise bleiben derzeit weit hinter den Erwartungen. Bislang kommt den Waldbesitzern der gewaltige Nachfrageboom kaum zu Gute. Am Rohholzmarkt kommt die Preisrallye bei Schnitt- und Bauholz jedenfalls nur sehr langsam an. Laut dem Waldverband Stei-

ermark, ist zwar nach zwei katastrophalen Jahren ein gewisser Aufwärtstrend spürbar und man nähert sich der „magischen“ 100-Euro-Preisgrenze an, aber trotzdem konnte noch nicht einmal der Zehnjahres-Preisschnitt erreicht werden - und das bei stark gestiegenen Holzern-

te- und Betriebsmittelkosten. Das ist im Vergleich zu den Rekordpreisen die Sägewerke und Holzhändlern erzielen, wenig, und liegt weit unter den Holz-Preisen vergangener Jahre. Deshalb wird der Frust bei den Waldbesitzern immer größer. Allein der Aufwand,

durch Dürre und Borkenkäfer entstandene Schadholz aus dem Wald zu räumen, ist oft teurer als der Gegenwert des Rohstoffs. Das macht vielen Waldbesitzern auch finanziell schwer zu schaffen. Der Rohstoff Holz ist auf der anderen Seite mittlerweile so knapp, dass in

EXPORTVERBOT

Deutschland bereits ein Exportverbot gefordert wird – von den Wirtschaftsministern Thüringens und Sachsens. Auch eine Einschlagsquot wurde in Deutschland bereits durch die Politik verhängt. Ob ein Sägestreik die richtige Maßnahme ist, um faire Rundholzpreise durchzusetzen, darüber scheiden sich die Geister: Waldbauern und Forstbetriebe könnten sich einen Sägestopp wirtschaftlich gar nicht erlauben, müssten ihr Kalamitätsholz dennoch anbringen und würden damit am Ende nur den

SÄGEWERKE, DIE SCHNITTWARE PRODUZIEREN, SIND GUT DRAN

Profiteure der derzeitigen Situation sind eindeutig Sägewerke und Exporteure. Bezahlen müssen die hohen Preise die Bauwirtschaft, Handwerker, Zimmerleute und – Verbraucher.

Die großen Player am Markt holen sich das Holz auch aus dem Ausland, wenn die Auslastung der Sägewerke mit heimischem Holz nicht gegeben ist. Waldbesitzer hoffen indes auf einen höheren Preis für Rundholz.

Borkenkäferbefall den Einschlag bei Frischholz erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig ist der Holzbau in den USA vor allem bei Einfamilienhäusern Standard. Der derzeitige Bauboom in den USA hängt zudem mit den

NADELSCHNITTHOLZ

Konjunkturmaßnahmen der US-Regierung zusammen, die die nach Corona schwächelnde Wirtschaft im Frühjahr massiv angeschoben hat. Der Preis für einen Kubikmeter Nadel schnittholz lag in den USA Mitte Mai bei 829 Euro – zum Vergleich: in Deutschland lag Konstruktionsvollholz im letzten Jahr bei etwa der Hälfte.

Auch China hat einen anhaltenden Holz hunger. Da die Russen den Holz export ebenfalls massiv einschränken wollen, suchen die Chi-

nesen Holz woanders auf dem Markt. Für die Sägewerke bedeutet der Kunde in Übersee enorme Erlöse. Einheimische Baustoffhändler müssen nun wiederum Holz aus anderen Ländern importieren, was dann um hundert Prozent teurer ist. Für die Bauindustrie und sämtliche Holzverarbeitenden Gewerke ist diese Entwicklung ebenfalls zunehmend bedrohlich. Sie leiden unter dem extremen Holz mangel und den explodierenden Einkaufspreisen. Die Auftragsbücher der meisten Handwerker und Bauunternehmer sind randvoll, die Holzlager jedoch gähnend leer. Und die Lieferzeiten werden immer länger. Dazu kommt noch die teilweise chaotische Entwicklung auf dem Weltmarkt durch die Corona-Pandemie. Vor allem durch die verschiedenen Zeiträume der Lockdowns in den Ländern, sind die eng verzahnten, weltweiten Warenströme aus den Fugen geraten.

Das Argument von Seiten der Sägeindustrie, dass die heimischen Waldbesitzer nicht in der Lage seien, das notwendige Holz zu aktivieren, lässt jedenfalls der Prä-

HOLZAKTIVIERUNG

sident der LK Österreich, Josef Moosbrugger, so nicht gelten: „An der heimischen Forstwirtschaft liegt es mit Sicherheit nicht. Wir können gerne Holz in bester Qualität und ausreichender Menge lie-

fern, wenn der Preis stimmt.“ Der Waldverband Salzburg stößt ins gleiche Horn, wenn auch abgeschwächt: „Die für eine verstärkte Nutzung von Holz nötigen Vorräte sind in den bäuerlichen Wäldern durchaus vorhanden. Die derzeit steigenden Sägerundholzpreise wären zwar motivierend, kommen jedoch für den Großteil der bäuerlichen Waldbesitzer zu spät. Sie ha-

ZU SPÄTE MOTIVATION

ben die Seilwinde – der Jahreszeit entsprechend – bereits gegen landwirtschaftliche Maschinen getauscht.“ Noch deutlicher wird Martin Höbarth, Holzmarktexperte der LK Österreich: „Die Holzindustrie profitierte in den letzten Jahren von viel zu billigem Rundholz aufgrund hoher Schadh Holz m engen. Aktuell treibt eine noch nie dagewesene globale Nachfrage nach Bauholzsortimenten die Preise in bislang unvorstellbare Höhen. Davon sind wir bei den Sägerundholzpreisen noch weit entfernt. Derzeit können wir im Durchschnitt über alle Sortimente noch nicht einmal beim Preisniveau von vor der mitteleuropäischen ‚Borkenkäferkalamität‘ anschließen. Um auch Einkommen erwirtschaften zu können, wird er Sägerundholzpreis deutlich über der 100-Euro-Marke zu liegen kommen müssen.“ Die Waldbesitzer jedenfalls hoffen, dass der Preisanstieg sich bald bemerkbar macht.

lokalen Holzverarbeitenden Betrieben schaden. Die großen Player am Markt hingegen würden sich das Holz, wenn es nicht aus deutschen Wäldern angeboten wird, aus dem Ausland holen.

Profiteure der derzeitigen Situation sind jedenfalls eindeutig Sägewerke und Exporteure. Bezahlen müssen die hohen Preise die Bauwirtschaft, Handwerker, Zimmerleute und – Verbraucher. Am Anfang der ganzen Kette – nämlich bei den Waldbesitzern und den Landwirten mit Bauernwald – kommt von diesem Boom weiterhin we-

US-HOLZMARKT

nig an. Die Gründe für den enormen Holz hunger sind vielschichtig. Aufgrund eines Handelsstreits importierten die USA nur wenig Holz aus Kanada. Zudem haben in den USA ein früher und heftiger Wintereinbruch sowie ein starker



ZAHLEN ZUM HOLZEINSCHLAG IM JAHR 2020

2020 wurden im österreichischen Wald knapp 17 Mio. Erntefestmeter geerntet. Der Einschlag lag damit 11,2 % unter dem von 2019. Im Kleinwald wurden 55 % des Gesamteinschlages geerntet. Rund 53 % des Einschlages war Schadh Holz. 34 % Prozent wurden von Forstbetrieben, davon 11 % von den Österreichischen Bundesforsten, eingeschlagen.



NACH DEM ENDE DER
MILCHQUOTE VERFIEL
DER ERZEUGERPREIS
IMMER MEHR.

Foto: pexels.com

LANDWIRTSCHAFTSKAMMER APPELLIERT AN HANDEL:

Pakt für faire Milchpreise

Die oberösterreichische Milchwirtschaft hat auch in schwierigen Zeiten gezeigt, wie anpassungsfähig sie ist. Trotzdem zeigt die Preisentwicklung der letzten Jahre, dass der Preis für das Ausgangsprodukt nur selten kostendeckend für den Erzeuger ist. Daher fordert die LK OÖ jetzt einen Österreichpakt mit wichtigen heimischen Abnehmern.

„Wir fordern im Rahmen dieses Österreichpakts vom Handel, sich aktiv zu heimischen Milchprodukten zu bekennen und nicht mit überzogenen Aktionen die Preise zu ruinieren“, so LK-Präsidentin Michaela Langer Weinger. Auch der Obmann der

HEIMISCHE PRODUKTE

Freiheitlichen Bauernschaft Oberösterreich, Franz Graf stellt klar: „In den vergangenen Jahrzehnten ist der Anteil für den Erzeuger am Verbraucherpreis ständig gesunken. Eine Entwicklung in diese Richtung gefährdet die heimische Erzeugung von Qualitätsprodukten, die Einkommen der Bauern und damit die Eigenversorgung.“ Die Bauern und ihre Verarbeiter bräuchten daher einen

entsprechenden Anteil an der Wertschöpfungskette. Gleichzeitig betonte Graf auch, dass die Freiheitliche Bauernschaft nach wie vor für eine durchgehende Herkunftskennzeichnung – auch für verarbeitete Lebensmittel – eintrete. „Das gilt auch für Milchprodukte. So kann der Konsument sich für heimische Lebensmittel entscheiden und einen mindestens kostendeckenden Preis für die Bauern sicherstellen“, so Graf. Im Hinblick auf die Handelspraktiken fordert die Landwirtschaftskammer neben dem Bekenntnis zur heimischen Land- und Milchwirtschaft vom Handel auch einen fairen Umgang mit Geschäftspartnern ein. Die Umsätze im Lebensmitteleinzelhandel sind hoch und stiegen im vergangenen

Jahr aufgrund der Schließungen in der Gastronomie und im Tourismus enorm. Die Inserate der Handelsketten strotzten nur so vor Ankündigungen von naturnahen und biodiversitätsfördernden Bioprodukten sowie Bildern

von blühenden Wiesen, auf der anderen Seite würden die Supermärkte und die für Parkplätze versiegelten Flächen immer größer, so die Landwirtschaftskammer. Von den höheren Umsätzen sei

ERZEUGERPREISE

bei den Lieferanten nichts angekommen. Franz Graf: „Hier muss dringend von der Politik – und vor allem vom Bauernbund, als selbsternannter Interessensvertretung der Landwirte – gegen gesteuert werden.“



DIE KLUFFT ZWISCHEN HANDEL
UND ERZEUGER IST GROSS.

Foto: pixabay.com

TIROLER NEU-BAUER WURDE GEKLAGT:

Urteil: Kuhglockenbeschränkung im Innviertel

Das Bezirksgericht in Braunau mußte sich im März mit einem ungewöhnlichen Streit befassen. Der Grund: Lärmbelästigung durch Kuhglocken.

In einer Braunauer Gemeinde hatten sich Nachbarn über ständiges Gebimmel von Kühen beschwert, die von ihrer Halterin mit Kuhglocken bestückt worden waren und sich damit auf Weiden bewegten. Die aus Tirol stammende Neu-Hofbesitzerin meinte, sie könne an ihrem Weidevieh Kuhglocken anbringen, wie dies in ihrer Heimat oft üblich sei, um das Vieh auf Bergweiden



Foto: pixabay.com

den wieder aufzufinden. Das Gericht schränkt nun im konkreten Fall den Einsatz der Kuhglocken ein – und hält in seinem Urteil auch fest, dass der Einsatz von Kuhglocken in der Innviertler Land-

wirtschaft generell unüblich und nicht nötig ist: Die beklagte Landwirtin habe es zu unterlassen, ihre Kühe auf den Weiden zumindest während der Nachtzeit von 22 bis 6 Uhr früh mit Glocken herumlaufen zu lassen.



LFI BIETET WIEDER KURSE:

LFI: Online zur Weiterbildung

Auch der LFI-Kursbetrieb richtet sich nach den aktuellen Vorgaben der Bundesregierung und der Länder zum Umgang mit dem Coronavirus.

Daher wurde das umfangreiche digitale Kursangebot erweitert. Nähere Informationen erhalten Sie unter www.lfi.at/onlinekurse oder direkt beim Ländlichen Fortbildungsinstitut Oberösterreich: info@lfi-ooe.at.

Foto: pixabay.com

EIN KLEINER BEITRAG GEGEN DAS FORTSCHREITENDE HÖFESTERBEN:

Plattform verbindet Bauernhöfe mit potentiellen Neueinsteigern

In den letzten Jahren gab es neben Nachrichten über das Höfesterben auch etliche Interessenten, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen. Eine Initiative will jetzt die Vernetzung zwischen Bauern, die ihren Betrieb aufgeben wollen und angehenden „Neu-Landwirten“ ermöglichen.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2015 findet knapp ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich, in denen die Landwirte über 50 Jahre alt sind, keine Person, die den Betrieb übernehmen kann oder will. Traditionell werden die meisten Bauernhöfe in Österreich einfach an die nächste Generation weitergegeben. Weil es aber immer weniger Kinder pro Familie in Österreich gibt und die Landwirtschaft von vielen nicht mehr als besonders attraktive Arbeit gesehen wird, fehlen auch immer mehr Nachfolger, heißt es in der Studie.

Heute gibt es im Vergleich zu 1995 bereits um knapp 40 Prozent weniger Betriebe, jeden Tag sperren im Durchschnitt fünf Bauernhöfe für immer zu.

Der Verein „Perspektive Landwirtschaft“ ist überzeugt, dass es trotzdem noch viele Menschen gibt, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen und nur die richtigen Landwirte finden müssen, um einen Betrieb zu führen. Dafür hat der Verein eine Plattform im Internet gegründet, auf der sich scheidende Landwirte und potenzielle neue Einsteiger vernetzen und kennenlernen sollen. Man könne



Foto: pixabay.com

damit zwar das Höfesterben nicht generell aufhalten, aber vielleicht verlangsamen. Einfach ist das alles allerdings

nicht, denn neben den rechtlichen Fragen müsse es natürlich auch auf der persönlichen Ebene passen.

VOLLMONDFAHRT AUF DEN KRIPPENSTEIN

Erleben Sie eine einmalige Fahrt mit der Dachstein-Krippenstein-Seilbahn bei Vollmond. Ein spektakulärer Sonnenuntergang und der aufgehende Mond machen diesen Abend zu einem einzigartigen Erlebnis. Infos: 05-95095-0.

**ALM MUSI ROAS AUF DER ZWIESELALM**

Am 4. Juli findet eine musikalische Almwanderung zu der Zwieselalm statt: Sonnenalm, Breiningalm, Zwieselalmhütte, Gablonzerhütte und Rottenhofhütte. Hochkarätige Volksmusikgruppen spielen bei jeder Hütte für alle Wanderer auf.

**DOMMUSIK LINZ: MISSA SANCTI JOHANNIS DE DEO**

Am 27. Juni um 10 Uhr wird im Linzer Mariendom die Messe von Joseph Haydn mit dem Chor des Konservatoriums für Kirchenmusik gegeben. Orgelmusik ist ein wesentlicher Bestandteil des Dommusikprogramms im Mariendom.



Fotos (3): pixabay.com
Foto: Internet

GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE**Dinkelreis-Salat****Zutaten:**

- » 250g Dinkelreis
- » 1 Hühnerbrust
- » ½ Knolle Fenchel
- » 1 kl. Zwiebel
- » 1 roten Spitzpaprika
- » 1 Gurke
- » 100g Käse (Gouda)
- » Essig
- » Rapsöl
- » Salz
- » Pfeffer
- » Schnittlauch/Petersilie

Zubereitung:

- » Den Dinkelreis mit viel Wasser bissfest kochen, anschließend abgießen, mit kaltem Wasser abspülen, abtropfen lassen und in eine Schüssel geben.
- » Die Hühnerbrust braten, auskühlen lassen und in kleine Stücke schneiden.
- » Den Zwiebel fein hacken.
- » Den Fenchel, den roten Spitzpaprika, die Gurke und den Käse in dekorative kleine Stücke schneiden.
- » Alle Zutaten in der Schüssel vermengen und mit Essig, Rapsöl, Salz und etwas Pfeffer marinieren und mit Schnittlauch oder Petersilie dekorieren.

Tipp:

Gab es zu Mittag ein Brathendl und es ist davon etwas übrig geblieben, eignet sich der Dinkelreis-Salat ideal um diese Reste zu verwerten. Nahrhaft und trotzdem leicht, perfekt für den Sommer!

Guten Appetit!

**JOHANNISNACHT ALS „HOHE SONNWEHD“:****Brauchtum Sonnenwende**

Erst seit wenigen Jahrzehnten ist es üblich geworden, die Sonnenwende zum astronomischen Termin, dem 21. Juni, durch Feuer zu begehen. In Mitteleuropa wird aber nachweislich seit einem halben Jahrtausend der Vorabend des 24. Juni, die Johannisnacht als „hohe Sonnwend“ gesehen. Aus Heilkräutern band man einen



Kranz, der – über Türen und Fenster aufgehängt – vor den Dämonen schützen sollte, das „Sonnwendkranz“. Im Johannes-Evangelium verkündet Johannes der Täufer die Ankunft von Christus, dem Lichtbringer. Die Lichtsymbolik findet in den Feuern ihren Ausdruck. Die Feuer waren vor allem im Mittelalter sehr beliebt.

Foto: pixabay.com

GESCHICHTE UNSERER REDEWENDUNGEN:**„Vor die Hunde gehen“**

Die Redewendung „vor die Hunde gehen“ steht für verwarlosen, verkommen und existiert seit dem 17. Jahrhundert. Möglicherweise, so Sprachwissenschaftler, ist sie hergeleitet von kranken oder geschwächten Wildtieren, die leichter zur Beute von Jagdhunden werden. Wahrscheinlicher aber sei jedoch, dass die damalige

geringe Wertigkeit des Hundes ausschlaggebend gewesen ist. Ähnlich wie der Ausdruck „das ist für die Katz“, seien Tiere damals überwiegend als Gegenstände und weniger als Mitgeschöpfe gesehen worden. Das menschliche Verhältnis zu diversen Nutztieren änderte sich in der Geschichte immer wieder.



INFRASTRUKTURRESSORT BÜNDELT GEMEINSAM MIT PARTNERN KRÄFTE:

„Mobil ans Ziel“ - Die neue Mobilitätsinitiative des Landes Oberösterreich

„Mobil ans Ziel“ ist die neue Marke für die umfangreiche Mobilitätsinitiative. Erstmals gibt es damit eine Initiative für die wichtigsten Mobilitätsprojekte.

Laut einer repräsentativen Studie der TU Wien im Juni 2020 nutzen 72 Prozent der Österreicher ausschließlich das Auto für den Arbeitsweg. Nur 13 Prozent pendeln mit einer Kombination aus öffentlichen und anderen Verkehrsmitteln, und nur 9 Prozent gehen zu Fuß oder verwenden das Rad für die tägliche Mobilität. Das führt zu vollen Straßen und blanken Nerven bei den Autofahrern.

„Die Initiative hat die langfristigen Ziele, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, die CO₂-Emissionen zu senken und die Mobilität in Oberösterreich umweltfreundlicher, flexibler und effizienter zu gestalten“



erläutert der Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner. „Im Rahmen einer langfristigen, multimedialen Informations- und Kommunikationskampagne stellt das Land OÖ die größten und wichtigsten Mobilitätsprojekte und -maßnahmen erstmals gesamtheitlich dar. Nur so kann die Mobilitätswende in Oberösterreich gelingen und unser Bundesland auch zukünftig ein attraktiver Lebensraum und idealer Wirtschaftsstandort - unter Einhaltung der Umwelt- und Klimaintentionen - bleiben“, so Steinkellner weiter.



LR GÜNTHER STEINKELLNER:

Investitionen in heimische Straßen

Gute Straßen stärken die Wirtschaft. Deshalb investiert das freiheitliche Infrastrukturressort von Landesrat Mag. Günther Steinkellner in den kommenden Jahren zusätzliche 219 Millionen für Straßenbau und -erhalt. Im Schnitt gehen rund 80 Prozent aller Aufträge an oberösterreichische Unternehmen. Neben etwa 19 Prozent österreichischen Firmen werden weniger als ein Prozent der Aufträge an ausländische Unternehmen vergeben.

AUSLÄNDERANTEIL IN OBERÖSTERREICH LIEGT BEI 15,9 PROZENT:

Bericht des Integrationsfonds veröffentlicht



Der Jahresbericht 2020 des Österreichischen Integrationsfonds zeigt in Zahlen, welche demografische Entwicklung Österreich und unser Bundesland Oberösterreich nimmt. Integrationsleistungen werden immer mehr nötig.

Mit dem Stichtag 1.1.2020 lebten insgesamt fast 237.300 Personen mit ausländischem Geburtsort in Oberösterreich, das entspricht 15,9% der

Gesamtbevölkerung in OÖ und lag damit unter dem österreichweiten Durchschnitt von 19,8%. 54% der im Ausland Geborenen in OÖ

stammten aus Drittstaaten, 4,5% aus anderen EU- und EFTA-Staaten. Gleichzeitig waren die in Oberösterreich lebenden Personen mit Migrationshintergrund 2019 in der niedrigsten Bildungsschicht mit nur Pflichtschulabschluss überproportional vertreten

(28%). Besonders hoch war der Anteil bei Türken mit 6,6%. Auch bei der Arbeitslosigkeit zeigen sich Unterschiede: Während die Arbeitslosenquote bei österreichischen Staatsangehörigen bei 5,5% lag, betrug sie bei Ausländern 11,1%. Bei syrischen Staatsbürgern war die Arbeitslosenquote mit 27,2% besonders hoch, gefolgt von russischen und afghanischen Staatsangehörigen mit 28% bzw. 24%.

„Diese ausgewählten Ergebnisse des ÖIF-Berichtes zeigen deutlich, dass es noch viel zu tun gibt, um eine ordentliche Integrationspolitik umzusetzen, die keine weiteren sozialen Brennpunkte schafft. Wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist und bleibt das Erlernen der deutschen Sprache und der Wille zu Integration in unsere Gesellschaft mit ihrem Wertesystem“, kommentierte FPÖ-Klubobmann Herwig Maier.



KOMMENTAR
Manfred Haimbuchner

UNSERE HEIMAT UND FREIHEIT

Die bürgerlichen Freiheiten, die unsere Vorfahren gegen zahlreiche Widerstände erstritten haben, sind für die meisten heute selbstverständlich. Das Recht, sich jederzeit mit anderen Menschen friedlich versammeln zu können, seine Meinung frei äußern zu dürfen und seinen Unmut über die Regierung kundzutun. All diese Rechte sind in unserer Verfassung verbrieft.

Leider erleben wir, dass die Freiheit von Seiten der Bundesregierung aktiv attackiert wird. Wir Freiheitliche setzen uns deshalb mit unserer Politik dafür ein, dass die Bürger- und Grundrechte wieder gestärkt werden und nicht den Allmachtsphantasien der Bundesregierung zum Opfer fallen.

Die jahrzehntelange, ungezügelte Massenzuwanderung, die in der Migrationskrise seit 2015 ihren traurigen Höhepunkt fand, hat gezeigt, wie schnell wir unsere Heimat verlieren können. Vor allem in den Städten zeigen sich die Auswirkungen einer verfehlten Zuwanderungspolitik. Unsere Heimat ist jedoch nicht nur von außen bedroht, sondern auch durch Gegner der Freiheit im Inneren. Die Demonstrationsverbote, das Drangsalieren unbescholtener Bürger und der Ausbau des Überwachungsstaates sind Bedrohungen für unsere Freiheit. Die einfachste Art und Weise, zum Schutz unserer Heimat beizutragen, ist: Wählen gehen, damit wir Österreicher nicht die Kontrolle darüber verlieren, wie unsere Heimat in Zukunft aussehen wird.

NEUE MASSSTÄBE IN DER FÖRDERUNG GESETZT:

Neues Wohnbauförderungsgesetz stärkt finanziell Schwächere

Die Arbeit der Abteilung Wohnbau des Landes Oberösterreich hat in vielen Punkten österreichweit Maßstäbe gesetzt. Mit der Neufassung des Wohnbauförderungsgesetzes stärkt Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner nun vor allem finanziell schwächere Mitbürger.

Der Verbesserungsentwurf sieht vor, dass Fördermaßnahmen wie Familienbonus, Ausgleichszahlungen und Pensionsbonus nicht mehr als Einkommensbestandteil berechnet werden. Die Maßnahmen sorgen für ein deutliches Plus im Geldbeutel derer, die auf diese Förderungen angewiesen sind. Auch gibt es Erleichterungen beim Zugang zur Wohnbeihilfe für pflegende Angehörige. So wie bisher werden die Entschädigungen von Lehrlingen und die Zivil- und Präsenzdienstbezüge nicht als Teil des Haushaltseinkommens berechnet.

Was ist sonst noch neu? Statt dem Kaufbonus möchte das

Land Oberösterreich über Förderungen künftig stärkere Anreize für Sanierungen schaffen. Und in Zu-



kunft sollen auch Einrichtungen der Behindertenhilfe geförderte Wohnungen anmieten können.

„Leistbarer Wohnraum ist eines der Grundbedürfnisse, gerade in Zeiten, in denen alle angehalten sind, die Wohnung nur in wichtigen Fällen zu verlassen. Im Vordergrund steht für viele aber auch die Sicherheit, dass sie sich ihre Wohnung auch weiterhin leisten können.“

Mit den Förderungen und Beihilfen, trägt die Wohnbauförderung des Landes OÖ dazu entscheidend bei“, betont Manfred Haimbuchner die Bedeutung der Wohnbauförderung gerade in diesen schwierigen Zeiten.

MANFRED HAIMBUCHNER WILL REFORMEN:

Drohender Pflegenotstand muss verhindert werden

Die sozialpolitische Zeitbombe „Pflegesystem“ tickt. Landeshauptmann-Stellv. Manfred Haimbuchner analysierte die Pflegesituation in Oberösterreich.

Betreuungsmodell. Eine Studie zeigt, dass fast alle Senioren möglichst lange daheimbleiben wollen, dass aber nur 4 Prozent glauben, sich das leisten zu können.

Ganz nach dem Motto „Einen alten Baum verpflanzt man nicht“, fordert die FPÖ OÖ zuallererst, dass eine Pflege zuhause gewährleistet wird. Dabei sollen Angehörige und

Aktuell gibt es rund 8000 Pflegebedürftige in OÖ, so Haimbuchner, Tendenz steigend. Drei Viertel davon leben daheim. 4 Prozent davon nehmen mobile Dienste in Anspruch, 57 Prozent werden von Angehörigen betreut. Die „Pflege daheim“ ist das von den Pflegebedürftigen favorisierte

Pflegebedürftige über vier Säulen (Aufgabenbewältigung, Finanzen, zeitliche Entlastung und Maßnahmen gegen Vereinsamung) unterstützt werden.



MEHR AUSBILDUNG:

Neues Hundehaltergesetz in OÖ

Das neue Hundehaltergesetz wurde lange diskutiert, die offenen Punkte zur Versicherung, zu Art und Umfang des Sachkundenachweises und zur Ermächtigung der Gemeinde, spezielle Regelungen für öffentliche Orte zu erlassen, wurden nun final geklärt. Das Gesetz wurde genehmigt und mit 1. September dieses Jahres in Kraft treten, so Landesrat Wolfgang Klinger (FPÖ).

Foto: pixabay.com

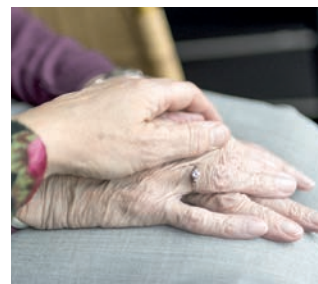


Foto: pixabay.com



LANDESRAT WOLFGANG KLINGER WARNT SEIT LANGEM VOR BLACKOUT-SZENARIEN UND MAHNT VORSORGE MASSNAHMEN AN.

WOLFGANG KLINGER INFORMIERT ÜBER MASSNAHMEN:

Trinkwasser bei Blackout?

„Ein länger währendes Blackout-Szenario lässt nicht nur die Lichter ausgehen, sondern legt viele Wasserleitungen trocken“, so Sicherheits-Landesrat Wolfgang Klinger.

Seit 1995 ist in Oberösterreich daher bei bewilligungspflichtigen Wasserversorgungsanlagen festgelegt, dass die Ausstattung mit Notstromaggregaten bzw.

bei kleineren Anlagen die Anschlussmöglichkeit zwingende Grundlage für die Bewilligung ist. So kann die Trinkwasserversorgung jederzeit sichergestellt werden.

„Wir haben schon vor langer Zeit erkannt, dass eine gute Vorsorge für den Ernstfall auf allen Ebenen eine ganz wichtige Sache ist. Gemeinden und Wassergenossenschaften sind deshalb verpflichtet, entsprechende Maßnahmen in die Planung ihrer Wasserversorgung miteinfließen zu lassen. Um größtmögliche Sicherheit für die Trinkwasserversorgung unserer Heimat zu gewährleisten, werden wir uns weiterhin intensiv mit dem Thema beschäftigen. Krisenvorsorge ist ein ständiger Prozess und darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden“, betont Landesrat Klinger.



LANDESRAT WOLFGANG KLINGER DANKT FLORIANI-JÜNGERN:

Bilanz der Feuerwehren

Eine Sturmfront über OÖ gleich zu Jahresbeginn, Wald- und Flurbrände im April/Mai, die Unwetter im August und zu all dem parallellaufend die COVID-Pandemie - das Jahr 2020 brachte in dieser Art noch nie dagewesene He-

rausforderungen für die 914 oberösterreichischen Feuerwehren und ihre rund 94.000 fast ausschließlich freiwillig tätigen Mitglieder. Insgesamt wurden 2,7 Mio. ehrenamtliche Einsatzstunden und 49.000 Gesamteinsätze geleistet.

LEISTUNGSBILANZ FÜR 2020 VERÖFFENTLICHT:

Wohnbau: Starke Bilanz

Im Bundesländervergleich verfügt OÖ bei der Wohnbauförderung über ein mittleres Budget. In der Leistungsbilanz agiert OÖ bei der Umsetzung von Wohnbauförderung 2020 jedoch im Spitzenfeld. Das bedeutet, dass OÖ im Bereich der Wohnbauförderung höchst effizient mit Steuergeldern umgeht. Die



Budgetmittel in Höhe von 280 Millionen Euro im Jahr 2020 flossen unter anderem in 2.285 neu errichtete Geschosswohnungen und 1.089 Eigenheime. Im ersten Fall liegt OÖ damit auf dem dritten Platz hinter Niederösterreich und Wien, im zweiten Fall rangiert OÖ auf dem bundesweit zweiten Platz hinter Niederösterreich.

VON ALM ZU ALM - WANDERUNG IN DEN KALKALPEN

Am 29. Juni findet eine gemütliche Wanderung über das Almgebiet am Hengstpass statt. Sehr lohnenswert ist ein Abstecher zum Panoramablick mit Aussicht auf Kampermauer und Haller Mauern bis ins Gesäuse. Infos: info-wdg@kalkalpen.at



ATTERGAUER WOCHENMARKT IN ST. GEORGEN

Allwöchentlich am Freitag präsentieren sich die Nahversorger am Harnoncourt-Platz, in St. Georgen, um ab 14 Uhr ganz besondere Schmankerl und regionale Köstlichkeiten anzubieten. Infos: attersee-attergau.salzkammergut.at



AUSSTELLUNG IM KLOSTER TRAUNKIRCHEN

Das Kloster Traunkirchen öffnet für eine Ausstellung zur Geschichte des Ortes und des Klosters. Juni/September/Oktober, Freitag bis Sonntag: 14-18 Uhr und Juli/August, Donnerstag bis Sonntag: 14-18 Uhr. Infos: www.traunsee-alm.at



Fotos (3): pixabay.com



Sicherheit für Generationen.

FPO

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.